



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Martina Fehlner, Inge Aures, Isabell Zacharias, Dr. Christoph Rabenstein, Florian Ritter, Natascha Kohnen, Klaus Adelt, Helga Schmitt-Bussinger, Volkmar Halbleib, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Simone Strohmayr** und Fraktion (SPD)

Evaluierung des Rundfunkbeitrags

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt den Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz vom 13. März 2014, den Rundfunkbeitrag für die Beitragszahler 2015 um monatlich 48 Cent zu senken.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass die anstehende Evaluierung von Beitragsmodell und Beitragsaufkommen

- dem Ziel der Beitragsgerechtigkeit verpflichtet bleibt,
- schnell und gründlich Beitragsregelungen für Menschen mit Behinderungen, bei Kindergärten, Schulen, gemeinnützigen Einrichtungen, Polizei, Feuerwehr, aber auch bei mittelständischen Unternehmen und Filialbetrieben auf gebotene Nachsteuerungen prüft,
- neben möglichen weiteren Beitragssenkungen aufgrund eines voraussichtlich auch künftig ausreichenden Beitragsvolumens zudem den schrittweisen Ausstieg des öffentlich-rechtlichen Rundfunks aus der Werbung thematisiert.

Die Staatsregierung wird zudem aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass der Prozess der Evaluierung mit Blick auf mögliche Nachsteuerungen bei den Beitragsregelungen transparent gestaltet wird und Landesparlamente und Öffentlichkeit informiert werden.